

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 44/2024

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-4
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 4-5
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 6-8
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 9-11
- ❖ Desintegration
Seite 12-14
- ❖ Migration weltweit
Seite 14-16
- ❖ Kultur
Seite 16-17
- ❖ Persönlichkeiten
Seite 17-18
- ❖ Impressum
Seite 18

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Meistererzählung (englisch: grand narrative) ist eine Erzählperspektive über die Vergangenheit, die für lange Zeit vorherrschend geblieben ist. Die Ärztin und Politikwissenschaftlerin [Gilda Sahebi](#) hat vor wenigen Tagen die medialen und politischen Debatten vor und nach den EU-Wahlen gut auf den Punkt gebracht: Seit Jahrzehnten dominiert in Deutschland eine Meistererzählung, die „Ausländer“ für viele strukturelle und gesellschaftliche Probleme verantwortlich macht. Diese Erzählung lenkt von den tatsächlichen Ursachen und Lösungen ab und schadet der Gesellschaft erheblich. Die Meistererzählung macht pauschal „Ausländer“ für Kriminalität, sexualisierte Gewalt, Wohnraummangel, Antisemitismus, fehlende Kitaplätze und Bildungsnotstand verantwortlich. Diese vereinfachte Sichtweise bedient rassistische Stereotype und trifft alle, die als „anders“ definiert werden. Durch die Meistererzählung werden Ressourcen und politische Aufmerksamkeit auf vermeintliche Probleme gelenkt, während die wirklichen strukturellen Probleme ungelöst bleiben.

Einfache Erzählungen setzen sich gegenüber komplexen Fakten durch. Populistische Hetze, die Einwanderer stereotypisiert und zu Sündenböcken macht, ist gut dokumentiert. Zuletzt hielt sie gar Einzug in der Mitte der Gesellschaft. Was machen diese Angriffe mit den Betroffenen? Das haben [US-amerikanische Forschende](#) untersucht und kommen zu dramatischen Schlussfolgerungen: Hetze hat ernste Folgen für die körperliche und geistige Gesundheit von Menschen. Diese negativen Erfahrungen können sogar über mehrere Generationen hinweg weitergegeben werden. Auch Nachkommen der ersten Einwanderergeneration könnten bewusst oder unbewusst weiter Scham und Erniedrigung empfinden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



1

Leitlinien im Kreistag verabschiedet

Wie wir im Lahn-Dill-Kreis miteinander leben wollen

Die Vielfalt fördern, den sozialen Zusammenhalt stärken und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft verbessern: Dazu sollen die Leitlinien für die Integrationsarbeit des Lahn-Dill-Kreises beitragen. Zehn Leitsätze hat das Vielfaltszentrum WIR des Lahn-Dill-Kreises erarbeitet und erläutert, die der Kreistag in seiner Sitzung im Mai nach einer ausführlichen Debatte mehrheitlich verabschiedet hat. Die Leitlinien sollen die Zielrichtung für die Akteurinnen und Akteure der Integrationslandschaft im Lahn-Dill-Kreis vorgeben. Sie richten sich jedoch auch an jede und jeden Einzelnen. Sie konkretisieren eine Vision, wie die Menschen im Lahn-Dill-Kreis miteinander leben wollen. Zu finden sind die verabschiedeten Leitlinien auf der [Website](#) des Lahn-Dill-Kreises.

Mobile Sanitätsstationen

Entlastung niedergelassener Ärzte im LDK

Rund 258.000 Menschen leben im Lahn-Dill-Kreis, davon leben rund 2.900 von ihnen als Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften des LDK. Sie alle haben Anspruch auf medizinische Versorgung. Um die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im Kreisgebiet zu entlasten, gibt es nun zwei mobile Sanitätsstationen für Flüchtlinge im Lahn-Dill-Kreis – eine für den Süd- und eine für den Nordkreis. Die mobilen Sanitätsstationen bieten zwar nicht das Portfolio einer Arztpraxis, können jedoch bei leichteren Krankheitssymptomen helfen. Die mobilen Sanitätsstationen fahren Gemeinschaftsunterkünfte im Lahn-Dill-Kreis in einem festgelegten Turnus an, um ihren Service anzubieten. Mehr erfahren Sie in der [Pressemitteilung des LDK](#).

Wohin mit Flüchtlingen?

Landkreis Gießen baut Holzhäuser gegen Wohnungsmangel

Vielerorts in Hessen fehlt bezahlbarer Wohnraum, gleichzeitig müssen jede Woche hunderte Geflüchtete untergebracht werden. Der Landkreis Gießen geht nun beide Probleme gleichzeitig an: Er baut [nachhaltige Holzhäuser](#) – erst als Gemeinschaftsunterkunft, später als günstigen Wohnraum. Dafür baut der Kreis in drei Gemeinden mehrstöckige Wohnhäuser in Holzrahmenbauweise, die erst einige Jahre als Gemeinschaftsunterkunft dienen sollen. Danach sollen sie zu regulären Mietwohnungen umgewandelt werden. insgesamt teurer als etwa ein Containerdorf, aber aus Sicht des Landkreises sei die Investition nachhaltiger, weil es für die Häuser eine klare, langfristige Folgenutzung gebe.

Erfolgsgeschichten

Vom Flüchtling zum Solarunternehmer in Marburg

2015 flieht [Rostam Nazari](#) als Jugendlicher übers Mittelmeer nach Europa und besucht in Marburg erstmals eine Schule. Mittlerweile ist er Elektriker und Unternehmer - und beschäftigt bewusst junge Menschen mit ähnlicher Geschichte. Rostam Nazari hat mittlerweile 14 Angestellte. Der ehemalige unbegleitete minderjährige Flüchtling führt ein eigenes Solarbau-Unternehmen - mit erst 24 Jahren. Hier arbeiten mittlerweile Menschen aus sieben Ländern: Usbekistan, Afghanistan und Somalia beispielsweise, aber auch aus Kanada und natürlich Deutschland. Alle Bewerber machen erst mal zwei Wochen Praktikum, wobei für den Unternehmer Persönlichkeit vor fachlicher Qualifikation stehe. Der Vorteil: Bei der Photovoltaik-Anlageninstallation müssen nicht alle Arbeiten von gelernten Elektrikern ausgeführt werden. Die Firma kann deshalb auch Menschen beschäftigen, die keine Ausbildung haben.

Gegen Personalmangel, für Integration

Bäderbetriebe in Frankfurt werben gezielt Flüchtlinge an

In den Frankfurter Freibädern herrscht Personalmangel. Andererseits stehen Geflüchtete vor hohen bürokratischen Hürden bei der Jobsuche. Eine Anwerbeaktion in einer Sammelunterkunft soll nun da wie dort helfen - eine Schwimm-win-Situation. Nähere Informationen zu diesem Projekt finden Sie bei der [hessenschau](#).

Stadt Gießen

Fit für einen Job in der deutschen Verwaltung

Mit Hilfe von internationalen Profis den Fachkräftemangel in Deutschland beheben - dieses Ziel verfolgt die Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) mit einem neuen [Weiterbildungsprogramm speziell für den Verwaltungsbereich](#). Das Projekt unter der Federführung des Zentrums für fremdsprachliche und berufsfeldorientierte Kompetenzen (ZfbK) der JLU soll internationale Akademiker auf eine Tätigkeit in der Verwaltung in Deutschland vorbereiten.

Jahresbericht RIAS

Zahl antisemitischer Vorfälle in Hessen deutlich gestiegen

Nach dem Angriff der Hamas auf Israel ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in Hessen deutlich angestiegen. Die [Informationsstelle RIAS](#) (Recherche- und Informationszentrum Antisemitismus Hessen) zählte zwischen Anfang Oktober und dem Jahresende fast doppelt so viele Fälle wie im gesamten Vorjahr. RIAS Hessen ist angebunden an das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg. Die Meldestelle erfasst und dokumentiert seit Frühjahr 2022 antisemitische Vorfälle in Hessen und leitet Betroffene an Beratungsstellen weiter.

Made in Kinzenbach

Mit einer App gegen Politikverdrossenheit

["Jugend gründet"](#) ist ein Wettbewerb für Schüler und Auszubildende in Deutschland. Vor kurzem fand in Stuttgart das Finale statt. Leon Pelikan aus Heuchelheim hat mit seiner App ["Political X Change"](#) den dritten Platz gewonnen. Pelikan hat eine politische Vision: Er will den Dialog in der Demokratie fördern. Die App soll Jugendliche leichter in Kontakt mit lokalen Politikern treten lassen. Das soll den Austausch auf kommunaler Ebene fördern und Jugendliche an der politischen Entwicklung teilhaben lassen. In der App soll es Chatforen, Politiker-Profile sowie einen Neuigkeiten-Feed geben. Geplant sind zudem digitale Podiumsdiskussionen. Moderatoren sollen darauf achten, dass ein respektvoller Umgang herrscht.

Vielfalt in Politik und Gesellschaft

MIDEM-Studie "75 Jahre Grundgesetz"

Hohe Akzeptanz für Grundgesetz und Asylrecht in der Bevölkerung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland findet auch 75 Jahre nach seiner Verkündung eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Das ist das Fazit einer repräsentativen [Studie des Mercator Forums Migration und Demokratie](#) (MIDEM) an der Technischen Universität Dresden. Dabei wurde die Einstellung der Deutschen zu ihrer Verfassung untersucht. 81 Prozent der Befragten waren der Meinung, das Grundgesetz habe sich bewährt – nur sechs Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Allerdings ist die positive Haltung nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleich stark ausgeprägt. Von 70 Prozent der Befragten wird Deutschland als Einwanderungsland wahrgenommen. 38 Prozent forderten dennoch, die Zuwanderung einzuschränken. Überrascht zeigten sich die Forscher von einem anderen Befund: Nur 16 Prozent unterstützten eine Streichung des individuellen Grundrechts auf Asyl.

Europa-Wahl 2024

Zahlen zu Migrationshintergrund und Drittstaatlern

Mehr als 60 Millionen Deutsche waren bei der Europawahl wahlberechtigt, etwa 17 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Deutlich mehr sind es bei den minderjährigen Wahlberechtigten, denn: Erstmals konnten bei der EU-Parlamentswahl auch Jugendliche ab 16 Jahren abstimmen. Mehr als 45 Prozent von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Aktuelle Zahlen und Fakten zum Thema finden Sie beim [MEDIENDIENST](#). Anders als über 60 Millionen deutsche Staatsangehörige und gut vier Millionen EU-Ausländer, dürfen sogenannte Drittstaatler – Staatsbürger eines Landes außerhalb der EU – grundsätzlich nicht in Deutschland wählen. Nach aktuellem Stand waren damit rund 6,3 Millionen Drittstaatler im Wahlalter [von der Europawahl ausgeschlossen](#). Das entspricht knapp neun Prozent der Bevölkerung Deutschlands im Wahlalter.

4

Deutschland 2023

Neuer Höchststand bei Einbürgerungen

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland rund 200.100 Menschen aus dem Ausland eingebürgert worden. Das seien so viele wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2000, teilte das [Statistische Bundesamt](#) mit. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Einbürgerungen um rund 31.000 oder fast ein Fünftel (plus 19 Prozent), nachdem sie 2022 im Vorjahresvergleich bereits um rund 37.000 (plus 28 Prozent) gestiegen war. Wichtigstes Herkunftsland war den Angaben zufolge Syrien, woher alleine rund 75.500 oder mehr als ein Drittel (38 Prozent) der neu Eingebürgerten kam. Die Zahl der aus Syrien stammenden Eingebürgerten stieg binnen Jahresfrist um 27.100 oder 56 Prozent. Zu den fünf häufigsten vertretenen Herkunftsländern zählten außerdem die Türkei, Irak, Rumänien und Afghanistan. Die neuen deutschen Staatsangehörigen waren laut Statistikbehörde im Durchschnitt 29,3 Jahre alt und somit deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

Einig gegen Populismus und Rechtsextremismus

In einer [gemeinsamen Erklärung](#) haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bereits im Januar ihre klare Ablehnung gegen Rechtsextremismus zum Ausdruck gebracht. Die Sozialpartner betonen dabei die Bedeutung des sozialen Friedens für Deutschland und setzen sich für ein starkes Grundgesetz und die Einheit Europas ein. Sie lehnen entschieden alle Bestrebungen ab, diese zentralen Werte zu schwächen. Zudem erteilen sie Remigrationsplänen von Rechtsextremisten eine klare Absage. Die Betriebe in Deutschland spiegelten die Gesellschaft wider, und es sei ihnen wichtig, dass sich jeder Mitbürger und jede Mitbürgerin in diesem Land sicher fühlen kann. Gemeinsam setzen sie sich dafür ein, dass Deutschland ein attraktiver Standort bleibt und ausländische Fachkräfte willkommen sind.

Paragraf 175 vor 30 Jahren abgeschafft

Nicht mehr strafbar heißt nicht automatisch akzeptiert

Der Paragraf 175 im Strafgesetzbuch wurde im Deutschen Kaiserreich eingeführt und stellte "widernatürliche Unzucht" zwischen Männern unter Strafe. Das Kaiserreich ging unter, die Weimarer Republik und das Nazi-Regime kamen und gingen - doch der Paragraf 175 StGB blieb. Auch in der Bundesrepublik wurden Homosexuelle und bisexuelle Männer verfolgt. Zirka 45.000 Verurteilungen gab es zwischen 1950 und 1965. Am 11. Juni 1994 wurde der Paragraf endgültig abgeschafft. Trotz Öffnung der Gesellschaft ist heute die [Zunahme von queer-feindlichen Attacken](#) Besorgnis erregend. Diese stiegen im vergangenen Jahr in Hessen um 66 Prozent.

»

Befragung der Kommunen

Flüchtlingsaufnahme weniger angespannt

Eine bundesweite Befragung unter 773 Kommunen, die der Mediendienst Integration mit der Universität Hildesheim durchgeführt hat, zeigt: Für viele Kommunen ist die Unterbringung von Geflüchteten herausfordernd, aber machbar (71 Prozent). 23 Prozent der Kommunen geben an, im Notfallmodus zu arbeiten – bei einer ersten Befragung im Herbst 2023 waren es noch 40 Prozent. Ostdeutsche Kommunen kommen tendenziell besser zurecht, sie müssen beispielsweise seltener auf Notfallunterkünfte zurückgreifen. Mehr zu den Ergebnissen finden Sie [hier](#).

Flüchtlinge aus der Ukraine

Verlängerung des vorübergehenden Schutzes

Die Anwendung der Richtlinie der Europäischen Union über den vorübergehenden Schutz für Vertriebene aus der Ukraine, die vom Europäischen Rat bis März 2026 verlängert wurde, bietet einen rechtlichen Rahmen für den Schutz und die Integration von Flüchtlingen in die nationalen Systeme. Zum Stand vom 30. April 2024 befanden sich rund 4,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine unter vorübergehendem Schutz in der Europäischen Union. Die meisten von ihnen leben in Deutschland, Polen und Tschechien. Laut einer aktuellen [UNHCR-Umfrage](#) wollen die meisten Flüchtlinge zwar in die Ukraine zurückkehren, doch der anhaltende Krieg hindert die Mehrheit an einer baldigen Rückkehr.

Fragen und Antworten

Streit um Bürgergeld für Ukrainer

Bayerns Innenminister Herrmann fordert schon länger, dass insbesondere ukrainische Wehrpflichtige in Deutschland nicht länger Bürgergeld beziehen dürfen. Generell sei es ein Fehler, Geflüchteten aus der Ukraine sofort Bürgergeld zu zahlen. Das sei ein "Bremsschuh für die Arbeitsaufnahme". Nun kocht die Debatte erneut hoch. Ein Überblick, worüber gestritten wird, hat [BR 24](#) zusammengestellt.

Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) **Wohnsitzregelung – großer Aufwand, kleine Wirkung**

Die Wohnsitzregelung für Flüchtlinge verursacht einen hohen Verwaltungsaufwand und entfaltet sonst kaum positive Wirkung – im Gegenteil, sie behindert Geflüchtete bei der Integration. Das ist das Ergebnis einer [aktuellen Studie des DIW](#). Geflüchtete dürfen in der Regel mindestens drei Jahre nach Anerkennung ihres Schutzstatus nicht umziehen. Die Studie zeigt, dass Wohnsitzregelung unpräzise ist, Integration nicht fördert und Ausländerbehörden belastet. Gezielte Zuzugssperren seien besser geeignet.

Was ist dran? **Diskussion um Scheinvaterschaften**

Seit einigen Wochen ist eine alte Debatte neu entbrannt: Sogenannte Scheinväter sollen wahrheitswidrig ausländische Kinder anerkennen, um ihnen und ihren Müttern Aufenthaltsrechte in Deutschland zu verschaffen. Was ist dran? Der Mediendienst Integration hat Zahlen und Fakten zum Thema recherchiert und diese in einem [FAQ](#) zusammengefasst.

Sonderbevollmächtigter der Regierung **Weitere Migrationsabkommen angekündigt**

Migrationsabkommen gelten der Ampel-Regierung als Schlüssel, um die Einwanderung nach Deutschland in geregelte Bahnen zu lenken. Ein [Sonderbevollmächtigter](#) der Ampel-Koalition kümmert sich deshalb um Migrationsabkommen mit anderen Staaten. Die Bundesregierung will in Kürze weitere Migrationsabkommen mit Staaten außerhalb Europas schließen, damit die Migration nach Deutschland geordneter abläuft und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber besser funktionieren. Mit Kenia und Usbekistan seien entsprechende Vereinbarungen weit fortgeschritten. Migrationsabkommen stehen in der Kritik. Reiche Länder nutzten ihre finanzpolitische Stärke aus, um ärmeren Ländern mit Versprechungen seine Politik aufzuzwingen. Kritisch beurteilt werden insbesondere Abkommen mit armen Ländern in Afrika und autokratischen Regierungen, die vorwiegend dazu dienen, Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten.

Ruanda-Modell **Sachverständige zweifeln an Asyl-Auslagerung**

Das Bundesinnenministerium hat Sachverständige befragt, inwiefern Asylverfahren in Drittstaaten wie Ruanda ausgelagert werden können. Nach Informationen von [WDR, NDR und SZ](#) haben viele der Befragten große Zweifel. Die Analyse der Vorträge und Ausarbeitungen der Sachverständigen beim Ministerium zeigt, dass fast alle großen Zweifel an Auslagerungsmodellen haben, wie sie von Großbritannien mit Ruanda oder von Italien mit Albanien vorangetrieben werden. Der Grund dafür sind weniger juristische Fragen als solche von Kosten und Nutzen: Asylzentren im Ausland, darin stimmt ein Großteil der Fachleute überein, seien teuer und ineffizient.

7

Kritik von NGO´s

Organisationen fordern Absage an ausgelagerte Asylverfahren

Mehr als 300 Organisationen haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Ministerpräsidenten der Länder [in einem offenen Brief](#) dazu aufgefordert, Plänen zur Auslagerung von Asylverfahren eine klare Absage zu erteilen. Diese Pläne funktionierten in der Praxis nicht, seien "extrem teuer" und stellten "eine Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit dar", heißt es in dem Schreiben.

Netzwerk Fluchtforschung

Warum Abschiebung keine einfache politische Lösung ist

Abschiebung ist in den politischen und öffentlichen Debatten der letzten Zeit überall in Europa zu einem breit geteilten politischen Ziel geworden. Die vielfältigen problematischen Dimensionen, die eine Durchsetzung von Abschiebungen mit sich bringt und die die Wissenschaft hinlänglich thematisiert, werden in den öffentlichen Debatten größtenteils ausgeblendet. Das [Netzwerk Fluchtforschung](#) gibt einen Überblick über die wichtigsten wissenschaftlichen Perspektiven und Erkenntnisse zu Abschiebung, die der Komplexität des Themas besser Rechnung trägt.

EuGH-Urteil zu Asylrecht

Neue Prüfung in Deutschland erlaubt

Flüchtlinge, die bereits in Griechenland Asyl erhielten, haben in Deutschland nicht automatisch ebenfalls Anspruch auf Asyl. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) kürzlich in einem [Grundsatzurteil](#). Dies sei im EU-Recht nicht vorgeschrieben. Es betrifft allein in Deutschland einige zehntausend Menschen.

„Feindbild Migration“

10 Narrative und ihre Gegenargumente

„Migranten sind ein Sicherheitsrisiko“ oder „Geflüchtete betreiben Sozialtourismus“: Gerade in den sozialen Medien kursieren zahlreiche Narrative, die Fehl- und Desinformationen verbreiten. Die Neuen deutschen Medienmacher haben eine [Handreichung](#) mit zehn besonders verbreiteten Narrativen erarbeitet. Darin werden die Aussagen analysiert und jeweils in faktenbasierten Gegenargumenten widerlegt.

Bildung und Integration

Schulsystem überfordert wegen Zuwanderung?

Zu wenig Lehrer, zu wenig Geld. Der [nationale Bildungsbericht](#) attestiert: Das System arbeite "am Anschlag". Das [Jahresgutachten des Sachverständigenrats](#) Integration und Migration zeigt, wer unter einem überlasteten Bildungssystem besonders leidet: Zugewanderte Kinder und Jugendliche - und insbesondere solche mit Fluchterfahrung - schaffen es seltener aufs Gymnasium, erlangen häufiger überhaupt keinen Schulabschluss. Weiter heißt es im Gutachten: Eine vielfältige Schülerschaft sei keine neue Erscheinung, doch der akute Fachkräftemangel mache es den Schulen schwer, sich auf die unterschiedlichen Bedarfe einzustellen. [zdf Heute](#) hat Stimmen hierzu eingefangen von GEW und Deutschem Lehrerverband.

Interview an einer „Problemschule“

Erschöpft vom „Dauer-Migrationshintergrund-Gelaber“

Schulsozialarbeiterin Songül Aslan arbeitet an der Neuköllner Röntgenschule. Fast alle Schüler haben einen Migrationshintergrund. In einem [Interview mit Focus online](#) betont sie, dass die Röntgenschule keine Problemschule ist, sondern eine positive Ausnahme in einem schwierigen Umfeld.. Aslan fühlt sich trotz langer Zeit in Deutschland aufgrund ihres eigenen Migrationshintergrunds nicht vollständig akzeptiert und sieht in der Gesellschaft ein Nebeneinander statt einer echten Gemeinschaft. Sie kritisiert, dass der Fokus bei Migrationsthemen zu stark auf Problemen liegt und positive Aspekte übersehen werden. Die Schule hat durch den respektvollen Umgang mit Eltern und strenge Regeln Vertrauen und Disziplin aufgebaut. Dennoch nehmen Vorurteile und gesellschaftliche Spannungen zu, was zu Unsicherheiten und Ängsten unter den Schülern führt, insbesondere in Bezug auf politische Veränderungen und Abschiebungen.

Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

Beschäftigung steigt nur dank ausländischer Arbeitskräfte

Nie waren mehr Menschen ohne deutschen Pass berufstätig, zeigen [neue Zahlen der Arbeitsagentur](#). Das trägt nicht nur zur Fachkräftesicherung bei, sondern entlastet auch die Kassen der Sozialversicherung. Die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland erreichte ein neues Rekordniveau von 5,3 Millionen Menschen. Der seit Jahren positive Trend setzt sich damit weiter fort. Während 2010 6,8 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten keinen deutschen Pass hatten, liegt der Anteil heute mit 15,3 Prozent mehr als doppelt hoch.

Fachkräfteeinwanderung

„Deutschland ist nicht das Paradies“

Nach [Angaben des Bamf](#) sind von 2018 bis 2022 weniger als 50.000 qualifizierte Fachkräfte pro Jahr nach Deutschland gekommen. Viele, die kamen, sind aber nicht geblieben, sondern sind nach wenigen Jahren wieder gegangen. Die seit zehn Jahren durchgeführte Studie des [Netzwerks InterNations](#) für 53 Länder erklärt die Gründe. Das Netzwerk befragt regelmäßig seine Expats, also die ausländischen Mitglieder, zu Willkommenskultur, Lebensqualität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bürokratie, Wohnen und vielen weiteren Faktoren, die ein Land attraktiv oder unattraktiv machen. Bei der gesamten Zufriedenheit der ausländischen Fachkräfte liegt Deutschland auf Platz 50 von 53 – also weit abgeschlagen.

Studie für Dänemark

Kürzung von sozialen Leistungen ist kontraproduktiv

[Eine Studie für Dänemark zeigt](#), dass starke Kürzungen von sozialen Leistungen für Geflüchtete die Armut vergrößern, die Bildungschancen für die Kinder reduzieren und letztlich zu einer schlechteren Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft führen. Auch aus dieser Perspektive wäre eine Verweigerung des Bürgergelds für ukrainische Geflüchtete keine gute Idee.

Vier Gründe

Warum die Jobintegration bei Ukrainern dauert

Als Hunderttausende Ukrainer*innen im Frühjahr 2022 vor der [russischen Invasion](#) nach Deutschland flohen, war die Solidarität groß. Mit der Solidarität ging jedoch von Beginn an eine Erwartung einher: Angesichts des Fachkräftemangels und anfallenden Unterbringungskosten sollten sich die Menschen möglichst schnell in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren. Seit Wochen diskutiert die deutsche Politik über die Arbeitssituation geflüchteter Ukrainer, mit teils radikalen Forderungen. Warum dauert die Jobsuche so lange? [zdf Heute](#) benennt vier Gründe.

Zuwanderung aus „Drittstaaten“ immer wichtiger

Erstmals mehr Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern

Die [Zuwanderung aus Ländern außerhalb der EU](#) wird immer wichtiger: Erstmals arbeiten mehr Menschen aus Nicht-EU-Ländern („Drittstaaten“) in Deutschland als aus der EU. Aktuell sind es rund 2,8 Millionen, zum Beispiel aus Indien oder von den Philippinen. Während in den letzten zehn Jahren vor allem Arbeitskräfte aus Osteuropa kamen, wird die Migration in Zukunft „komplexer“ sein, so Arbeitsmarktforscher Brücker. Aktuell seien die Hürden für die Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern aber noch zu hoch.

Arbeitsmigration

Arbeit unterhalb des Mindestlohns

Derzeit wird wieder über einen höheren Mindestlohn diskutiert. Zahlreiche Migrantinnen und Migranten arbeiten jedoch unter Mindestlohn, viele in systemrelevanten Berufen. In seinem neuen Buch [„Ganz unten im System“](#) erzählt der Journalist Sascha Lübke in Reportagen von Arbeitsbereichen wie dem Bau, im Schlachthaus und auf der Autobahn. Dabei zeigt er anschaulich, wie wichtig Arbeitsmigranten für den Wohlstand hierzulande geworden sind – und dass sie dennoch oft unsichtbar für die Mehrheitsgesellschaft bleiben. Lübke stellt die provokative Frage: Ist Deutschland ein „Billiglohnland“? Aus seiner Sicht scheint die Abhängigkeit vieler Branchen von Zuwanderung groß, doch der politische Wille klein, Missstände zu beheben. Konkret zeigt er das am Beispiel des Zolls, der immer weniger Mittel hat, um mit wirksamen Kontrollen gegen Schwarzarbeit vorzugehen.

Arbeits- und Fachkräftemangel

Was dagegen hilft – und was nicht

Es klingt paradox: Noch nie gab es in Deutschland so viele Beschäftigte wie heute. Dennoch bestehen Personalengpässe, die in den kommenden Jahren noch schlimmer werden könnten. Woher rührt das Problem des Fachkräftemangels eigentlich, und wie gravierend ist es wirklich? [„Aus Politik und Zeitgeschichte“](#), eine Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" (wird von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben) nimmt sich dieser Frage an und checkt die Fakten.

Anwerbung brasilianischer Pflegekräfte ausgesetzt

Fachkräftemangel in Deutschland führt zu Ärger in Brasilien

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat die [Anwerbung brasilianischer Pflegekräfte](#) nach Deutschland ausgesetzt. Grund: Brasiliens Regierung hatte nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums Bedenken geäußert. Die BA hatte zum Start des Programms die Anwerbung von bis zu 700 Pflegekräften pro Jahr für möglich gehalten. Nach einem Regierungswechsel in Brasilien zweifelte die brasilianische Seite aber an ihrem ursprünglich kommunizierten Überschuss an Pflegefachkräften. Die brasilianische Regierung kritisierte, dass die Ausbildung von Krankenpflegern in Brasilien mit einem fünfjährigen Studium und einer weiteren zweijährigen praktischen Tätigkeit "lange und solide" sei. Qualifizierte Arbeitskräfte, in die die brasilianische Regierung investiert hat, würden ohne Gegenleistung abgeworben. [Gesundheitsminister Karl Lauterbach](#) hatte im Mai auf dem Ärztetag eingeräumt, dass die Anwerbung unter den gegenwärtigen Umständen keine großen Potenziale hat: „Wenn wir die Nachricht übermitteln müssen, hier darf man weniger als das, was man kann, wird auf keinen Fall besser bezahlt, muss eine schwere Sprache vorher nachweisen und bekommt keinen Kita-Platz – so werden wir die Pflegekräfte aus dem Ausland nicht werben können.“

Rassismus im Fußball

Vielfalt sollte normal sein

Die [ARD-Doku "Einigkeit und Recht und Vielfalt"](#) ist zu Unrecht in Verruf geraten. Nicht der Film ist ein Problem – sondern die Ergebnisse, die er ans Licht bringt. Jeder Fünfte will eine "weißere" Nationalmannschaft. Die Empörung über die Frage gehe am Problem vorbei, sagen Experten und Betroffene. [Zeit online](#) hat ein Gespräch hierzu geführt: mit Otto Addo, ehemaliger deutsch-ghanaischer Fußballprofispieler und Trainer, der wegen rassistischer Anfeindungen nicht für die deutsche Nationalmannschaft spielen wollte. Mit Younis Kamil, der Migrantenvereine trainiert und über das Thema forscht und mit Eric Mbarga, der unter anderem beim FC Bayern München Antidiskriminierungsarbeit leistet.

Interview zur Messerattacke in Mannheim

Was hilft gegen islamistische Radikalisierung?

Bei der Messerattacke von Mannheim gehen die Behörden von einem islamistischen Motiv aus. Der Täter war vorher nie straffällig geworden. Wie islamistische Radikalisierung abläuft, wie sie erkannt werden kann und welche Prävention es gibt, erklärt der Islamwissenschaftler Yunus Yaldiz im Interview mit dem [Mediendienst Integration](#).

Angst vor „Messermigranten“?

Kriminologe plädiert für eine differenzierte Beurteilung

Dirk Baier ist ein deutscher Kriminologe. Seit 2015 leitet er das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. In einem Interview mit [Fokus](#) erklärt er, warum es wichtig ist bei derartigen Taten genau hinzuschauen und nicht ausschließlich auf die Herkunft Tätern zu schauen.

Vom Kabinett gebilligt

Aktionsplan gegen Extremismus und für Demokratie

Die Bundesregierung hat eine Strategie verabredet, wie sie Juden, Muslime und andere betroffene Menschen und Institutionen gegen extremistische Bestrebungen schützen will. Der knapp 60-seitige Aktionsplan sieht Maßnahmen der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention vor. Im Einzelnen sollen beispielsweise neue Zielgruppen für demokratisches Engagement gewonnen werden, wie etwa zugewanderte Menschen oder Projekte in strukturschwachen Regionen. Die Publikation finden Sie [hier](#).

Bericht der Amadeu Antonio Stiftung **Antisemitismus von „beispielloser Qualität“**

Seit dem Terror-Angriff der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 sind Jüdinnen und Juden in Deutschland bedrohter denn je. Ein [Bericht der Amadeu Antonio Stiftung](#) zeigt nun das Ausmaß: Antisemitismus wird zunehmend salonfähig. Mit antisemitischen Allianzen würden die Berührungspunkte zwischen Islamisten und Antiimperialisten weiter abnehmen. Der [Beauftragte der Bundesregierung](#) gegen Antisemitismus, Felix Klein, erinnerte an jüngste Daten des Bundeskriminalamtes (BKA). Demnach erreichte die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten im vergangenen Jahr mit 5.164 Fällen einen neuen Höchststand. Im Vorjahr waren es laut BKA 2.641. Demnach wurden allein 53 Prozent der 2023 erfassten Taten nach dem 7. Oktober verübt.

BKA-Statistik 2023 **Deutliche Zunahme rassistisch motivierter Straftaten**

Neue [Zahlen des Bundeskriminalamtes](#) zur politisch motivierten Kriminalität zeigen: Hassvergehen, also Taten, bei denen jemand aus Vorurteilen gegen bestimmte Gruppen gehandelt hat, nehmen zu. Einen besonders starken Anstieg verzeichnete die Polizei bei „fremdenfeindlich“ motivierten Straftaten. Fast die Hälfte aller registrierten Fälle gehen auf das Konto von Rechtsextremisten.

Studie zu Diskriminierung **Rassismus erhöht das Armutsrisiko**

Schwarze, asiatische und muslimische Menschen in Deutschland sind öfter von Armut bedroht als Menschen ohne Migrationshintergrund. Das ist das Ergebnis einer Befragung des [Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung](#). Bei Muslimen seien es sogar bis zu 40 Prozent. Bei asiatischen Männern und Frauen seien es 30 Prozent und bei schwarzen Menschen etwa 26 Prozent. Demgegenüber liege das Armutsrisiko in Deutschland durchschnittlich bei 14,8 Prozent. Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, gilt dies auch dann, wenn die von Rassismus Betroffenen ein hohes Bildungsniveau haben und arbeiten.

Palästinenser in Deutschland **Unbekannte Einwanderungsgeschichte**

Deutschland blickt auf eine lange Geschichte palästinensischer Einwanderung zurück. Rund 200.000 Menschen palästinensischer Herkunft leben in der Bundesrepublik – ungefähr ein Fünftel von ihnen in Berlin. Eine belastbare Statistik gibt es nicht, denn viele von ihnen sind staatenlos oder Bürger eines Landes, in das sie oder ihre Vorfahren geflohen sind – des

Libanons, Jordaniens oder Ägyptens, zum Beispiel. Die ersten Palästinenserinnen und Palästinenser kamen in den 60er Jahren nach Deutschland, zum Studium oder zur Arbeit. In den 1970er Jahre flohen viele vor dem libanesischen Bürgerkrieg. Mit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs flohen zuletzt viele Menschen aus den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien nach Deutschland. Viele Palästinenser in Deutschland haben in den letzten Monaten Angehörige in Gaza verloren. [Mit ihrer Trauer fühlen sie sich allein](#).

Altersdiskriminierung

Ältere werden häufiger diskriminiert

Mehr als ein Viertel der Berufstätigen über 50 Jahren wurde schon einmal aufgrund des Alters diskriminiert. Das zeigt eine Untersuchung des Jobnetzwerks [Xing](#), für das rund 1000 Menschen von 50 bis 99 Jahre (Durchschnittsalter 65,2 Jahre) online vom Meinungsforschungsinstitut Appinio befragt wurden. In mehr als der Hälfte der Fälle ging die Altersdiskriminierung von der Führungskraft aus. Bei den 50- bis 67-Jährigen war sogar mehr als ein Drittel der Beschäftigten betroffen.

Mehr LGBTIQ-Menschen erleben Gewalt

Deutschland stärker betroffen als der europäische Durchschnitt

In der Europäischen Union werden Menschen wegen ihrer sexuellen Identität laut einer Umfrage immer häufiger attackiert und belästigt. Im Gegensatz dazu hat Diskriminierung durch Behörden, Gesundheitseinrichtungen, Schulen und Firmen insgesamt abgenommen. Das geht aus einer Online-Befragung von mehr als 100.000 LGBTIQ-Personen in der EU und einigen Kandidatenländern hervor, die von der [EU-Agentur für Grundrechte \(FRA\)](#) in Wien veröffentlicht wurde.

Migration weltweit

UNHCR-Bericht

Zahl weltweiter Flüchtlinge auf Rekordhoch

Laut "[Global Trend](#)"-Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) wurden im vergangenen Jahr weltweit insgesamt 117,3 Millionen Menschen zwangsvertrieben. Im Jahr zuvor lag die Zahl noch bei 108,4 Millionen Menschen. Gründe dafür sind dem Bericht zufolge Verfolgung, Konflikte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und "Ereignisse, die die öffentliche Ordnung gravierend stören". Mehr als die Hälfte, nämlich 68 Millionen der 117 Millionen Vertriebenen, sind demnach Binnenflüchtlinge, bleiben also in ihrem Heimatland.

Fluchtchronik **Report Globale Flucht 2024**

Von der EU-Asylreform bis zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter in Deutschland: Der [Report Globale Flucht 2024](#) greift viele aktuelle Themen auf, die in der Öffentlichkeit zum Teil kontrovers diskutiert werden. Die Autorinnen und Autoren wollen einen Beitrag leisten, diese Debatten mit wissenschaftlicher Evidenz zu unterfüttern. Teil des Sammelbands ist eine Fluchtchronik, die wichtige Ereignisse des Jahres 2023 zusammenfasst.

Klimaflucht **Großteil der Binnenvertreibungen wegen Umweltkatastrophen**

[Extremwetterereignisse und Naturkatastrophen](#) verursachten im letzten Jahr 26,4 Millionen Vertreibungen im eigenen Land – sogenannte Binnenvertreibungen. Das geht aus dem aktuellen IDMC-Bericht für 2023 hervor. 77% der Vertreibungen wurden von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen, Stürmen, Dürren und Waldbränden ausgelöst. Der Großteil der Vertreibungen 2023 fand im Globalen Süden statt.

„Top Ten“ **Afrikas vernachlässigte Fluchtkrisen**

Mehr als [26 Millionen Menschen](#) sind allein in West- und Zentralafrika und angrenzenden großen Konfliktstaaten auf der Flucht. Humanitäre Organisationen schlagen Alarm: Die wachsenden Krisen erhielten kaum politische und mediale Aufmerksamkeit und viel zu wenig Finanzierung, um die Not zu lindern. Der Großteil der Menschen sucht innerhalb der eigenen Landesgrenzen Schutz.

Migranten in Tunesien **„Abschiebung in die Wüste?“**

Hilfsorganisationen sagen, Tunesien führe [kollektive "Abschiebungen"](#) von Migranten in die Wüste durch, bei denen die Menschen an der libyschen Grenze zurückgelassen werden. Anfang Mai veröffentlichte Lighthouse Reports, eine investigative Nachrichtenorganisation, die mit mehreren internationalen Medien zusammen arbeitet, einen Bericht über die Zunahme der sogenannten "Wüstenhalden". Ein Jahr lang untersuchte die Organisation dieses Vorgehen. Sie kommt zu dem Schluss, dass die tunesische Nationalgarde im Zentrum dieser Operationen stehe, wobei ein Großteil der Finanzmittel aus europäischen Ländern stamme.

Neue Migrationsroute Nach Europa über Mauretanien

Im April dieses Jahres gewährte die EU Mauretanien 210 Millionen Euro (226 Millionen US-Dollar) an Hilfe, von denen fast 60 Millionen Euro in die [Bekämpfung der illegalen Einwanderung](#) nach Europa investiert werden. Die setzt sich trotz aller Widrigkeiten fort: Allein zwischen Januar und März dieses Jahres sind insgesamt 12.393 Migranten auf der spanischen Inselgruppe der Kanaren an Land gegangen. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres kamen nur 2178 Migranten auf den Kanarischen Inseln an. Über 80 Prozent der Boote, die die Migranten transportierten, kamen aus Mauretanien oder durchquerten dessen Gewässer. Die EU bemüht sich um Vereinbarungen mit Ländern wie Tunesien und Niger, die in der Vergangenheit dazu beigetragen haben, einige dieser Überfahrten der Migranten zu stoppen.

Kultur

„Moin und Salam“ Zweisprachiger Bildband zum muslimischen Leben

„[Moin und Salam](#)“ ist der Titel eines neuen zweisprachigen Bildbandes, der Einblicke in Vergangenheit und Gegenwart muslimischen Lebens in Deutschland gibt. Gehört der Islam zu Deutschland und wenn ja, seit wann? Wie sieht die Lebensrealität von Musliminnen und Muslimen hierzulande aus? Und wie gestaltet sich das gesellschaftliche Miteinander? In Moin und Salam gehen der Fotojournalist Julius Matuschik und die Politik- und Religionswissenschaftlerin Raida Chbib diesen und anderen Fragen nach, ohne jedoch einfachen Antworten oder abschließenden Urteilen aufzusitzen. Mit eindrucksvollen historischen Aufnahmen, lebensnahen Fotografien und Texten zur Geschichte und Gegenwart des Islam in Deutschland folgen sie Spuren und Erzählungen aus der Vergangenheit bis in die heutige Zeit. Der Bildband lädt dazu ein, die Vielfalt und das lebendige Spektrum des muslimischen Lebens in Deutschland über sorgfältig recherchierte Darstellungen in Wort und Bild zu entdecken.

Buch: Miriam Rosenlehner Was uns Rassismus nimmt

„Ich weiß, dass wir alle aus Afrika kommen. Nur bei mir sieht man es auch.“ Dieser Satz stammt von der Buchautorin und Antirassismustrainerin Miriam Rosenlehner. Wir alle lernen Rassismus, ohne uns bewusst dafür entschieden zu haben. Aber wie funktioniert das? [Ihr Buch](#) bietet neue Forschungsergebnisse, verständlich und spannend aufbereitet. Sie geben den Blick frei auf ein Gesellschaftsmuster, das uns alle mehr beeinflusst, als wir vielleicht bisher dachten.

Vom Rand aus gesehen Kunst und Einwanderung

Die Ausstellung [„There is no there there“](#) im MMK in Frankfurt am Main versammelt 30 Kunstschaaffende mit Migrationshintergrund. Sie haben viel zu erzählen. In den 60er-, 70er- und 80er-Jahren arbeiten sowohl in der DDR als auch in der BRD zahlreiche Künstler*innen aus dem Ausland. Im Rahmen von Stipendien und bilateralen Kulturabkommen kommen sie während des Kalten Krieges zusammen mit Arbeitsmigrant*innen, Exilant*innen und Geflüchteten in das geteilte Deutschland, um an ihrer Kunst weiterzuarbeiten und sich mit anderen Künstlerinnen zusammenzuschließen und auszutauschen. Manche sind Arbeitsmigranten und werden erst später künstlerisch aktiv.

Persönlichkeiten

Ranga Yogeshwar Einer der ersten nicht weißen TV-Moderatoren

[Ranga Yogeshwar](#) feierte im Mai seinen 65. Geburtstag. Er hat mehr als 25 Jahre lang das WDR-Wissensmagazin „Quarks“ moderiert. Yogeshwar war einer der ersten Wissenschaftsjournalisten im deutschen Fernsehen - und einer der ersten nicht weißen Moderatoren. Sein Vater war ein indischer Ingenieur, verheiratet mit einer Luxemburgerin. Er selbst hat einen großen Teil seiner Kindheit in Indien verbracht. Seine Hautfarbe ist der Grund dafür, dass er seit mehr als 30 Jahren mit Drohungen lebt.

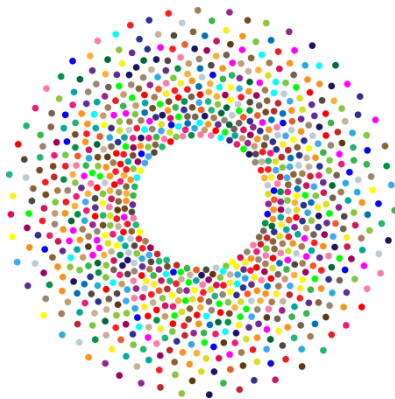
Klaus Töpfer „Wir müssen die Menschen aus der Armutsfalle befreien“

Er war einer der beliebtesten Politiker der Bonner Republik. Und bekam danach weltweite Wertschätzung. Der CDU-Politiker [Klaus Töpfer](#) ist im Juni im Alter von 85 Jahren verstorben. Der Kampf für einen globalen Klimaschutz hat ihn sein Leben lang angetrieben: „Ich war acht Jahre lang Leiter des UN-Umweltprogramms in Nairobi und habe mit eigenen Augen gesehen, dass wir Armut überwinden müssen, wenn wir Stabilität in dieser Welt haben wollen. Und das ist ein ureigenes Anliegen von uns, denn die Menschen, die sich nicht aus der Armutsfalle befreien können, werden sich aufmachen in Gegenden, wo ihrer Ansicht nach Milch und Honig fließen, und das ist Europa.“

Karamba Diaby

Rückzug aus der Bundespolitik wegen Anfeindungen

Bei der nächsten Wahl will er nicht mehr kandidieren: [Karamba Diaby](#), für die SPD im Bundestag. Der Umgang im Parlament habe sich seit dem Einzug der AfD deutlich verschlimmert. Der promovierte Chemiker Diaby stammt aus dem Senegal und wurde in den vergangenen Jahren immer wieder rassistisch angegriffen. Es gab Drohungen und Beleidigungen, mehrfach wurden Anschläge auf sein Büro verübt.



Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das aus organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364

18